

SPD und Grüne sondieren Senatsbildung in Dreierformaten weiter

BERLIN – Erste wichtige Weichenstellung nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin, aber noch keine klare Vorentscheidung für die Regierungsbildung: Die SPD als Wahlsieger gab am Freitag bekannt, dass sie nun in zwei Dreierformaten über eine Regierungsbildung sprechen will.

In der kommenden Woche seien zum einen Sondierungen mit Grünen und FDP geplant, zum anderen mit Grünen und Linken, teilte die SPD-Spitzenkandidatin bei der Abgeordnetenhauswahl und designierte Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey nach einer Sitzung des Landesvorstandes mit.

Die Präferenz für die SPD sei ein Ampelbündnis mit Grünen und FDP, fügte sie hinzu. «Diese Präferenz orientiert sich an der Entwicklung, die wir gerade im Bund sehen.» Auch auf Bundesebene sondieren die drei Parteien im Moment. Die Berliner Dreiergespräche sind für Montag (mit FDP) und Dienstag (mit Linken) geplant.

Die Grünen ziehen mit. «Wir folgen gerne dem Wunsch der SPD, nochmal Dreiergespräche zu führen und dann auf dieser Grundlage eine gute, fundierte Entscheidung treffen zu können», sagte Spitzenkandidatin Bettina Jarasch nach einer Gremiensitzung ihrer Partei.

Seit 2016 wird Berlin von einer rot-rot-grünen Koalition unter Führung der SPD regiert. Ein einfaches «Weiter so» könne nicht die Antwort auf die Zukunftsfragen der Stadt sein, sagte Giffey.

Wunschwendnis für Grüne: Rot-Grün-Rot

Jarasch betonte, dass das Wunschwendnis für die Grünen weiterhin Rot-Grün-Rot sei. «Wir haben diese Präferenz immer noch, glauben, dass das die beste Regierung wäre, um die Herausforderungen anzugehen, die bevorstehen.»

Die Linke zeigte sich verwundert vor allem über die SPD. «Wir haben sowohl mit der SPD als auch den Grünen in den letzten Tagen sehr vertrauensvolle, gute Gespräche geführt und bereits viele inhaltliche Schnittmengen festgehalten», erklärte die Linken-Landesvorsitzende Katina Schubert. «Deshalb sind wir erstaunt, dass jetzt gleichzeitig zwei Koalitionsoptionen weiter sondiert werden sollen.»

Die Berliner FDP kritisierte die Ankündigung der SPD: «Von dem von der SPD Berlin vorgeschlagenen Weg der doppelten Dreier-Sondierung sind wir überrascht», teilten FDP-Parteichef Christoph Meyer und FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja am Freitagabend mit. «Parallele Sondierungen sind ein wenig wertschätzender Zustand für alle Verhandlungspartner, der nicht von Dauer sein darf.» Die Einladung zum Sondierungsgespräch am Montag sagten die FDP-Politiker zu.

Nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September hatten zunächst SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP in Zweierformaten Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Hinblick auf eine mögliche Koalition ausgelotet. Denn rechnerisch möglich sind nach der Wahl eine ganze Reihe von Dreierbündnissen.

CDU vorest außen vor

Auch die CDU hatte sich Chancen auf eine Regierungsbeteiligung ausgerechnet, ist nun aber erst mal raus. «In Berlin ist wohl weiter-so oder weiter-so-light angesagt», erklärte CDU-Chef

Kai Wegner enttäuscht. «Weder mit der Ampel noch mit Rot-Grün-Rot wird es einen Neustart für Berlin geben, dabei wäre dieser so dringend notwendig.» Die CDU stehe weiter für Gespräche darüber bereit.

Für Giffey und die SPD war die Wahl am 26. September kein Ruhmesblatt. Laut vorläufigem Endergebnis kamen die Sozialdemokraten auf 21,4 Prozent: Ihr schlechtestes Ergebnis nach dem Krieg. Sie wurden damit aber stärkste Partei. Die Grünen steigerten sich auf ihr bestes Berliner Landesergebnis von 18,9 Prozent. Die CDU auf Platz drei schnitt mit 18,1 Prozent nur leicht besser ab als bei ihrem historisch schlechtesten Resultat 2016. Die Linke verlor leicht und kam auf 14,0 Prozent, die AfD nach deutlichen Verlusten auf 8,0 Prozent und die FDP mit leichten Gewinnen auf 7,2 Prozent.

Neu BER-Chefin: „Wir wollen ein normaler Flughafen werden“

SCHÖNEFELD – Nach jahrelangen Verzögerungen, Bauskandalen und Pannen am Hauptstadtflughafen BER möchte die neue Chefin, Aletta von Massenbach, das Unternehmen in ruhigere Bahnen steuern.

«Was mir wichtig ist: dass ich einen Beitrag leiste, dass wieder ein gewisses Vertrauen und eine Verlässlichkeit in die Arbeit der Flughafengesellschaft entsteht», sagte die 52-Jährige im Interview. «Wir wollen ein normaler Flughafen werden.» Dazu gehöre, «viel zu reden und zu erklären».

Die bisherige Finanzchefin übernimmt am Freitag die Gesamtleitung am BER und löst auf diesem Posten Engelbert

Lütke Daldrup ab. Lütke Daldrup hatte den BER im Herbst vergangenen Jahres mit rund neunjähriger Verzögerung in Betrieb genommen und geht nun in Rente.

Betrieb noch nicht reibungslos

Am neuen Flughafen ist derzeit nur das Hauptterminal T1 im Betrieb. Das ebenfalls fertig gestellte Terminal T2 wurde bislang aufgrund der geringen Auslastung nicht gebraucht und bleibt geschlossen. Ganz reibungslos läuft es allerdings auch am T1 noch nicht. «Ein paar Dinge müssen auch noch nachjustiert werden», sagte von Massenbach. «Das eine ist der Windfang vom Bahnhof, dass es da im Winter sehr kalt hochgezogen hat – das müssen wir angehen.»

Außerdem werde es bei warmem Wetter zum Teil im Gebäude zu heiß, so dass sogar Brandmelder ausgelöst wurden. «Die Laufbänder im Mainpier haben schon funktioniert, aber funktionieren nicht mehr – das sind so Dinge, die gelöst werden müssen.» Von Massenbach räumte zudem in der «Märkischen Allgemeinen Zeitung» ein, dass mehr Raum für die Sicherheitskontrollen wünschenswert gewesen wäre, «damit mehr Menschen parallel abgefertigt werden können». «Dafür fehlt uns jetzt der Platz.»

Die neue Chefin übernimmt ein Unternehmen in der Krise: Die Fluggastzahlen sind während der Corona-Pandemie eingebrochen, der BER ist schwer verschuldet und macht hohe Verluste. Nach einer Rekordzahl von rund 36 Millionen Passagieren im Jahr 2019 an den Berliner Flughäfen hoffen die Verantwortlichen für das laufende Jahr, dass wenigstens zehn Millionen Menschen über den BER fliegen.

Flughafen auf Milliardenhilfe angewiesen

«Es bleibt dabei, dass wir das gerne hätten. Aber wir sehen

nicht, dass wir das sicher erreichen werden», sagte von Massenbach. «Wir werden das Jahr möglicherweise mit etwas unter zehn Millionen beenden.» Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg ist deshalb auf Milliardenhilfen seiner Eigentümer, dem Bund sowie den Bundesländern Berlin und Brandenburg, angewiesen. «Wir wollen endlich das Unternehmen auch finanziell auf eine gesunde Bahn bringen, damit das Unternehmen Freiheitsgrade für die Umsetzung der Zukunftsaufgaben bekommt», sagte von Massenbach.

Dazu gehöre etwa die bestmögliche Anbindung der Hauptstadtregion an die Welt. Dass aus dem BER in absehbarer Zeit ein großes internationales Drehkreuz wird wie Frankfurt oder München, sehe sie allerdings nicht. «Wir haben eine sehr, sehr gute Abdeckung in Europa, aber wir habe keine Konnektivität in die Welt darüber hinaus», sagte die neue Chefin. Die meisten der am BER fliegenden Fluggesellschaften seien keine «Hub-Airlines». «Wir hätten natürlich nichts dagegen, wenn jemand hier sein Hub errichtet, und könnten das in der Infrastruktur auch abbilden. Aber es liegt jetzt nicht auf dem Weg.»

Diese Stadt hat fertig! Enteignungen von Immobilienkonzernen in Berlin populär

BERLIN – Beim Berliner Volksentscheid über Enteignungen von Immobilienkonzernen zeichnet sich nach Auszählung von mehr als der Hälfte der Stimmen eine Mehrheit der Ja-Stimmen ab. Die Zustimmung lag laut der Internetseite der

Landeswahlleiterin bei 57 Prozent, während es rund 38 Prozent Nein-Stimmen gab. Unter dem Titel «Deutsche Wohnen & Co enteignen» konnten die Berlinerinnen und Berlin darüber abstimmen, ob große Wohnungskonzerne mit mehr als 3000 Wohnungen enteignet werden sollen.

Mit einem Erfolg des Volksentscheids wäre der Berliner Senat laut Beschlusstext aufgefordert, «alle Maßnahmen einzuleiten», die zur Überführung von Immobilien in Gemeineigentum erforderlich sind, und dazu ein Gesetz zu erarbeiten.

Rund 240.000 Wohnungen betroffen

Konkret geht es bei dem in Deutschland bisher einmaligen Vorhaben um Unternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin, soweit sie eine «Gewinnerzielungsabsicht» verfolgen. Diese sollen vergesellschaftet, also gegen Entschädigung enteignet und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden. Betroffen wären rund 240.000 Wohnungen, etwa 15 Prozent des Berliner Bestands an Mietwohnungen.

Das Votum ist für die Politik rechtlich nicht bindend. Denn abgestimmt wurde nicht über einen konkreten Gesetzentwurf. Gleichwohl werden sich der neue Senat und das neugewählte Abgeordnetenhaus damit auseinandersetzen müssen.

Anstieg der Miete soll gestoppt werden

Die Initiative «Deutsche Wohnen & Co enteignen» als Initiator des Volksentscheids glaubt, mit Hilfe einer Vergesellschaftung von Wohnungen den Anstieg der Mieten stoppen und langfristig bezahlbare Mieten sichern zu können. Ob der Berliner Senat nun ein solches Gesetz erarbeitet, ist offen und hängt von der politischen Zusammensetzung der neuen Landesregierung ab. SPD, CDU, AfD und FDP sind – wie die Wirtschaft – gegen Enteignungen. Die Linke ist ohne Wenn und Aber dafür, die

Grünen halten einen solchen Schritt «als letztes Mittel» für möglich.

Die Entschädigungskosten würden sich laut Prognosen des Senats auf 29 bis 36 Milliarden Euro belaufen. Die Enteignungsinitiative rechnet hingegen mit 7,3 bis 13,7 Milliarden Euro. Sie will die Immobilienunternehmen nicht mit Geld, sondern mit Schuldverschreibungen entschädigen, die dann über 40 Jahre aus den Mieteinnahmen getilgt werden. In jedem Fall dürfte ein solches Vorhaben von dem Bundesverfassungsgericht landen. Dort war Berlin zuletzt im April mit dem Mietendeckel gescheitert, also staatlich verordneten Obergrenzen für Mieten.

Enges Rennen zwischen Grünen und SPD bei Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl

BERLIN – Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus liefern sich SPD und Grüne ein extrem enges Rennen um Platz eins. In der ersten Hochrechnung des RBB am Sonntagabend liegen beide Parteien fast gleichauf: die Grünen bei 22,5 Prozent, die SPD bei 21,9 Prozent.

Wer neue Regierende Bürgermeisterin wird, ist noch nicht klar: SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey oder ihre grüne Konkurrentin Bettina Jarasch. Amtsinhaber Michael Müller (SPD) gibt das Amt ab, um in den Bundestag zu wechseln.

Unklar sind auch die Koalitionsoptionen. Eine Fortsetzung des regierenden rot-rot-grünen Bündnisses ist wohl in jedem Fall möglich, denn die Linken erreichen laut Hochrechnung 14,2 Prozent.

Denkbar sind aber auch andere Dreierbündnisse. CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner sagte, seine Partei sei angetreten, um Rot-Rot-Grün zu beenden, und die Zahlen könnten das vielleicht auch noch hergeben. Die CDU erreicht allerdings laut Hochrechnung wieder eines der schlechtesten Ergebnisse der Nachkriegszeit: 16,1 Prozent.

Die FDP kommt in der Hochrechnung auf 7,6 Prozent und ist damit geringfügig besser als 2016. Die AfD stürzt laut Hochrechnung regelrecht ab auf 6,8 Prozent – etwa die Hälfte des Werts vor fünf Jahren.

Grünen-Spitzenkandidatin Jarasch zeigte sich begeistert über die Prognosen. «Berlin hat gewählt und es ist großartig», sagte sie. Die Grünen hätten eine Aufholjagd ohnegleichen hingelegt – denn in Umfragen vor der Wahl lag die Partei meist deutlich hinter der SPD. «Ich bin völlig überwältigt.» Sie bekräftigte ihren Anspruch auf das Amt der Regierungschefin.

Aber auch Giffey äußerte sich kämpferisch. Noch sei nichts entschieden. Die SPD-Wahlkämpfer hätten in guten und in schlechten Tagen zu ihr gestanden. Ziel sei, weiter gute sozialdemokratische Politik zu machen. Auch SPD-Vizechef und Innensenator Andreas Geisel warnte vor voreiligen Schlüssen nach den Prognosen. Es werde noch eine lange Nacht.

In der Hauptstadt war der Sonntag ein Superwahltag. Die Berlinerinnen und Berliner konnten neben dem Abgeordnetenhaus auch den neuen Bundestag und zwölf neue Bezirksparlamente wählen. Außerdem stimmten sie bei einem Volksentscheid darüber ab, ob große Wohnungskonzerne enteignet werden sollen.

Der Wahlkampf war geprägt von den Themen Mieten und Wohnen, Verkehr, Klimaschutz, Bildung und Corona. Wahlberechtigt waren 2,45 Millionen Menschen. Den ganzen Tag über gab es organisatorische Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe in Berlin. Kurz vor der offiziellen Schließung der Wahllokale standen vielerorts noch Wählerinnen und Wähler Schlange.

2016 hatte die SPD die Wahl zum Abgeordnetenhaus mit 21,6 Prozent der Zweitstimmen gewonnen – ihrem schlechtesten Ergebnis in Berlin seit 1946. Die CDU erreichte damals 17,6 Prozent, ebenfalls ein historisches Tief. Die Linke kam vor fünf Jahren auf 15,6 Prozent, die Grünen auf 15,2 Prozent. Die AfD war mit 14,2 Prozent erstmals in das Abgeordnetenhaus eingezogen, die FDP schaffte 6,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag damals bei 66,9 Prozent.

Das Berliner Landesparlament besteht aus mindestens 130 Abgeordneten, aktuell sind es durch Überhang- und Ausgleichsmandate 160. Dieses Mal bewarben sich 34 Parteien mit Landes- oder Bezirkslisten um die Zweitstimmen der Wählerinnen und Wähler. 2016 waren es 21. Wegen Corona wurde diesmal eine Rekordzahl an Briefwählern erwartet. 2016 entfielen 29,2 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Briefwähler, bei der Bundestagswahl 2017 waren es in Berlin 33,4 Prozent.

Zwei Schwerverletzte bei Verkehrsunfall – Beteiligter flüchtet

BERLIN – Bei einem Verkehrsunfall in Tempelhof wurden heute früh zwei Frauen schwer verletzt. Nach den bisherigen Erkenntnissen war eine 21-Jährige kurz nach 5 Uhr mit ihrem Renault im Tempelhofer Damm unterwegs. Plötzlich habe sie ein Skoda links überholt, weshalb die junge Frau ihr Fahrzeug nach rechts lenkte, um eine Kollision zu vermeiden.

Dabei prallte sie gegen einen Porsche und einen Anhänger, die durch den Zusammenstoß beschädigt wurden. Während der Skoda

ohne anzuhalten in Richtung Stadtautobahn weiterfuhr, brachten Rettungskräfte die 21-Jährige und ihre ein Jahr ältere Beifahrerin mit Kopfverletzungen und vermuteten Polytraumata in eine Klinik. Die Ermittlungen zu dem Unfall hat das Fachkommissariat für Verkehrsdelikte der Direktion 4 (Süd) übernommen.

Kopf - an - Kopf - Rennen bei Berliner Wahl

BERLIN – Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und Grünen ab. Beide Parteien lagen am Sonntag in Prognosen von RBB und ZDF nahezu gleichauf, wie die Sender nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr berichteten.

Die SPD mit Spitzenkandidatin Franziska Giffey kam demnach auf 21,5 bis 23 Prozent. Die Grünen, für die Bettina Jarasch als Spitzenkandidatin ins Rennen ging, erreichten 22 bis 23,5 Prozent. Für die CDU sprachen sich laut den Prognosen 15 bis 17 Prozent der Wählerinnen und Wähler aus. Die Linke erreichten demnach 14 bis 14,5 Prozent. Die FDP erreichte 7,5 bis 8 Prozent, die AfD lag zwischen 6,5 und 7 Prozent.

Berlin wurde in den vergangenen Jahren von einem rot-rot-grünen Bündnis unter Führung der SPD regiert. Nach den Prognosen wäre eine Fortsetzung dieser Koalition rein rechnerisch möglich. Giffey hatte sich zuletzt aber nicht klar dazu bekannt und die Koalitionsfrage offengelassen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller trat am Sonntag nicht wieder zur Abgeordnetenhauswahl an, er wollte als Spitzenkandidat der Berliner SPD in den Bundestag einziehen.

Lange Schlangen vor den Wahllokalen in Berlin

BERLIN – Bei den Wahlen in Berlin ist es am Sonntag vor zahlreichen Wahllokalen in der ganzen Stadt zu langen Warteschlangen gekommen. Wahlberechtigte mussten mitunter länger als eine Stunde bis zum Kreuz in der Wahlkabine anstehen.

Der Bezirk Mitte meldete für das Wahllokal 100 zeitweise sogar Wartezeiten von mehr als zwei Stunden. Gleich vier Entscheidungen mit entsprechend vielen und teils langen Wahlzetteln stehen an. Neben der Bundestagswahl läuft auch die Wahl zum Abgeordnetenhaus. Zudem wird über zwölf Bezirksparlamente neu bestimmt. Außerdem können Wählerinnen und Wähler darüber abstimmen, ob große Wohnungskonzerne mit mehr als 3000 Wohnungen enteignet werden sollen. Nach Angaben der Landeswahlleitung gab es in Berlin noch nie so viele Abstimmungen an einem Tag.

Bis Schließung der Wahllokale um 18 Uhr kann nach Angaben aus der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin wählen, wer entsprechend rechtzeitig in der Schlange steht. Zu Verzögerungen führen auch die coronabedingt notwendigen Hygienemaßnahmen. Zudem sind zahlreiche Wahlhelfer abgesprungen, die durch Nachrücker ersetzt werden mussten.

Verzögerungen gab es auch durch Pannen. So wurden in einigen Wahllokalen Stimmzettel für die Abgeordnetenhauswahl aus den Bezirken Friedrichshain/Kreuzberg und Charlottenburg/Wilmersdorf vertauscht. Bis die richtigen Stimmzettel vorlagen, mussten die Wahllokale zeitweise schließen.

Nur mit Hilfe der Feuerwehr konnten Wählerinnen und Wähler

zweier Wahllokale in Mitte zu Wahlkabinen und Abstimmung gelangen. Wegen Problemen mit der elektronischen Schließanlage kam das Wahlteam nicht rechtzeitig wie geplant in das Gebäude der Mensa Nord des Studierendenwerkes mit den Wahllokalen 102 und 106. «Wir mussten die Feuerwehr rufen, die mit dem Notschlüssel das Gebäude öffnen konnte», sagte Wahlvorsteher Alexander Radebach in Berlin.

Nach Schließung der 2257 Wahllokale soll die Auszählung beginnen. Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus sind 2,45 Millionen Menschen wahlberechtigt. Am Mittag zeichnete sich eine leicht höhere Beteiligung ab. Nach den Angaben gingen bis zwölf Uhr 27,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Abstimmung. Bei der Bundestagswahl 2017 waren es 27,2 Prozent.

Marcel Luthe (Freie Wähler) und Thilo Sarrazin im Strandbad Wannsee

BERLIN – Der frühere FDP-Abgeordnete Marcel Luthe, der jetzt Berliner Spitzenkandidat für die Freien Wähler ist, zählt zu den bekanntesten Gesichtern der Landespolitik. Wenn es um Freiheit und um Innere Sicherheit geht, wird seine Stimme auch als zeitweise parlamentarischer Einzelkämpfer in Berlin gehört.

Heute Abend um 20 Uhr stellt Luthe sein Buch „Sanierungsfall Berlin“ im Strandbad Wannsee vor. Veranstalter ist das überparteiliche liberal-konservative „Forum Mittelstand“.

Am Abend soll es um Themen wie den Flughafen BER, der angebliche Kampf gegen die organisierte Kriminalität und eine

dysfunktionale Verwaltung gehen. Die eigentliche Vorstellung des Buches übernimmt der frühere Berliner Finanzsenator und Bestsellerautor Thilo Sarrazin (,Foto, früher SPD).

Die Veranstaltung ist öffentlich. Eintritt wird nicht erhoben. Einlass erfolgt unter Covid-19 bedingten Auflagen: Geimpft, getestet oder genesen. Im Eingangsbereich hat bis 20 Uhr eine Teststation geöffnet. Anhänger im Verfassungsschutzbericht erwähnter Organisationen gleich welche Couleur sind unerwünscht. Es wird frühzeitiges Erscheinen empfohlen.

Das Strandbad Weißensee ist mit dem öffentlichen Nahverkehr am besten über die Tramlinien M 4, M 13, M 12 – Haltestelle „Weißer See“, die Tramlinie M 27 – Haltestelle „Buschallee“ oder die Buslinien 156 und 255 – Haltestelle „Weißer See“ zu erreichen. Autofahrer finden Parkmöglichkeiten in der Indira-Gandhi-Straße, der Hansastraße sowie einen großen Parkplatz an der Ecke der beiden Straßen.

Neue Plagiatsvorwürfe gegen SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey

BERLIN – Fünf Wochen vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus sind neue Plagiatsvorwürfe gegen die SPD-Spitzenkandidatin und -Landesvorsitzende Franziska Giffey bekanntgeworden. Dabei geht es um ihre Masterarbeit, die die frühere Bundesfamilienministerin 2005 zum Abschluss ihre Studiums an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin schrieb.

Anatol Stefanowitsch, Professor für Sprachwissenschaften an

der Freien Universität Berlin (FU), untersucht diese seit geraumer Zeit. Giffey habe auf 26 Seiten 62 Mal nicht korrekt zitiert und damit gegen wissenschaftliche Standards verstoßen, kritisierte er in einem Zwischenbericht. Zuerst hatte das Portal «t-online» darüber berichtet.

Die Überprüfung sei noch nicht abgeschlossen, sagte Stefanowitsch. Bisher seien auf etwa einem Drittel der Seiten Plagiate entdeckt worden. Unter anderem habe Giffey bei der Wiedergabe von Zitaten regelmäßig keine Anführungszeichen gesetzt. An 15 Stellen sei die Quellenangabe außerdem nicht korrekt gewesen.

Kein absichtlicher Täuschungsversuch?

Die Rechtsanwaltskanzlei Unverzagt, die Giffey vertritt, verwies auf dpa-Anfrage auf eine bei «t-online» veröffentlichte Erklärung. Ihre Mandantin habe die Masterarbeit «nach bestem Wissen und Gewissen gefertigt», so die Kanzlei. «Soweit sie hierbei unter Zugrundelegung wissenschaftlicher Standards wörtliche Übernahmen nicht hinreichend als solche kenntlich gemacht hat, geschah dies ohne Absicht und insbesondere nicht zu dem Zweck, wissenschaftliche Erkenntnisse der jeweils Zitierten als eigene auszugeben.»

Nach einer Überprüfung von Giffey's Dissertation hatte die FU der Politikerin im Juni den Dokortitel entzogen. Der Doktorgrad sei durch «Täuschung über die Eigenständigkeit ihrer wissenschaftlichen Leistung» erworben worden, teilte die Hochschule damals zur Begründung mit. Im Mai war Giffey in Erwartung dieser Entscheidung als Bundesfamilienministerin zurückgetreten, hatte aber deutlich gemacht, dass sie ihre Ambitionen in der Landespolitik nicht aufgeben will.

3000 Menschen feiern «Freedom Dinner» am Flughafen Tegel

Berlin (dpa) – Rund 3000 Menschen sind in Berlin zu einem großen Picknick an ungewöhnlichem Ort zusammengekommen.

Auf einer Start- und Landebahn des früheren Flughafens Tegel nahmen sie an Tischen Platz, die so aufgestellt waren, dass sie aus der Luft betrachtet den Schriftzug «Berlin loves you» (Berlin liebt Dich) und ein großes Herz zeigten. Für Speis und Trank sorgten die Gäste selbst, im Angebot war laut Veranstalter aber auch ein «kleines kostenloses Catering». Unterschiedliche Künstler sorgten für ein buntes Kultur- und Musikprogramm.

Die Aktion wurde vom Senat und den Tourismusverantwortlichen der Stadt «Freedom Dinner» genannt. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte im Vorfeld erklärt, damit wolle Berlin nach vielen Monaten Corona-Pandemie das Zeichen setzen «Berlin ist zurück!».

Die Organisatoren der Tourismusagentur Visit Berlin sprachen von einem «Fest der Vielfalt und der Lebensfreude» und erhoffen sich dadurch auch Werbung für die Hauptstadt. Sie nahmen dafür nach früheren Angaben eine halbe Million Euro an die Hand.

Die kostenlosen Tickets waren den Veranstaltern zufolge in kurzer Zeit vergriffen. Ende Juli waren zunächst 2000 im Angebot, Anfang der Woche wurde das Kontingent noch einmal um 1000 erhöht.